

# Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rahbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerlei von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach).

## Die Ausgabe

ersolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mt.

## Ämtliches Publikations-Organ

der städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

## Inserationspreis

1 spaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pf., für ausw. Inf. 12 Pf., Reklamezeile 20 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 143.

Lahn, Dienstag, den 13. Dezember 1910.

7. Jahrgang.

## Der Reichskanzler über die innere Politik.

Der Reichstag hatte am Sonnabend einen großen Tag. Der Reichskanzler, welcher an der Hofjagd in Springe teilgenommen hatte, war wider Erwarten am Freitag in Berlin eingetroffen, um am Sonnabend gelegentlich der Generaldebatte über den Haushaltsetat sich über den Stand der inneren Politik zu äußern. Der Kanzler führte aus:

„Durch die Hofjagd in Springe wurde ich zu meinem Bedauern verhindert, der Freitagssitzung beizumohnen, und konnte die Verhandlungen nur nachlesen. Ich werde mich heute zur inneren Politik äußern. Der Zusammenhang zwischen der Reichsfinanzreform und dem vorliegenden Etat ist nicht zu verkennen. Für die Praxis kommt daher als entscheidend in Frage: Wie hätten wir uns ohne die Finanzreform einrichten sollen? Ueber die Wirkung der neuen Steuern kann man nur urteilen, wenn man die Wirkung neuer Reichsschulden, verbunden mit all den Einbußen, welche Deutschlands Stellung bei der Fortsetzung der früheren Politik hätte erleiden müssen, bedenkt. Bei der Polemik gegen die Reichsfinanzreform ist übersehen, daß es sich nicht um diese oder die neuen Steuern handelt, sondern um die von der ganzen Nation vertretene Auffassung, daß es einfach mit der früheren Finanzwirtschaft nicht weiter ging. Deshalb hat auch Fürst Bülow aus der Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht die Konsequenz gezogen, daß der Reichstag aufgelöst werden müsse. Er hat im Gegenteil den sofortigen Abschluß der Reichsfinanzreform für eine Lebensforderung des Deutschen Reiches angesehen und dieser Forderung seine Person untergeordnet. Dies war der Hergang, der jetzt im parteipolitischen Interesse verschleiert wird. Der Etat ist die beste und blündigste Rechtfertigung, daß die verbündeten Regierungen den Beschlüssen der Reichstagsmehrheit beigetreten sind, ungeachtet ihrer eigenen Bedenken. Das gesamte Volk kann jetzt verlangen, daß wir mit den gewährten Mitteln haushalten und den Grund zu einer Gesundung der Finanzen legen. Wir haben damit bereits im laufenden Etat begonnen. Gewiß, alle Ressorts haben sich nach der Decke strecken müssen, aber wir wollen mit dem System der Schuldenwirtschaft brechen. Das Prinzip der Sparsamkeit des Fürsten Bülow hat ungeteilten Beifall gefunden. Der Vorwurf des ungenügenden Ertrages der neuen Steuern soll also wohl nur bedeuten, daß die Herren nicht nur die Steuern anders umgelegt, sondern auch dem Reiche mehr Mittel gegeben wissen wollen. Die Befürchtungen einer Vernachlässigung unserer Wehrmacht sind unbegründet. Alle Erzählungen von Krisen zwischen der Heeres- und der Reichsverwaltung gehören in das Gebiet der Fabel. Ich würde noch heute neue Steuern vor-

schlagen, wenn die Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht sie erforderte. Für solche Forderungen würde das deutsche Volk auch immer eintreten.

Bei der Versicherungs-Ordnung hat sich gezeigt, daß die sozialpolitischen Fragen nicht durch bestimmte Partei-Kombinationen gelöst werden. Wenn hier nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so sind doch die Einführung der Hinterbliebenen-Versicherung und andere Reformen bedeutungsvolle und einschneidende Werke. Ueber die elsass-lothringische Verfassungsfrage werden wir, nach dem Gange der bisherigen Verhandlungen zu urteilen, eine Verständigung erzielen, ebenso über das Staatsangehörigkeitsgesetz. An den bewährten Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik halte ich nachdrücklich fest. Das werde ich auch bei den Handelsvertrags-Verhandlungen mit Schweden und Japan tun. Damit handle ich im Einklang mit der großen Mehrheit dieses Reichstags. Man hat zwar in der Presse behauptet, eine solche Parole sei aufgebraucht und gegenstandslos; aber das steht im merkwürdigen Widerspruch zu zahllosen Interpellationen hier im Hause. Landwirtschaft, Industrie und Handel wünschen, daß die Wirtschaftspolitik, auf der sich unser wirtschaftliches Leben so glänzend entwickelt hat, aufrecht erhalten wird. Auch der Hauch der bevorstehenden Wahlen wird verfliegen, und wie diese Wahlen auch ausfallen mögen, eine Götterdämmerung wird mit ihnen nicht anbrechen. Dann wird sich auch herausstellen, ob es klug war, daß sich die Parteien, die doch in den großen Fragen der Nation denselben Ziele zusteuern, so bitter untereinander befehden haben. Ich kann mich nicht mit irgend einer Partei identifizieren. Durch eine bestimmte Wahlparole würde ich die Wahltaktik erheblich erleichtern. (Zuruf links: Das brauchen Sie gar nicht!) Den Gefallen werde ich Ihnen auch nicht tun. (Heiterkeit rechts.)

Das Gerede von dem schwarz-blauen Reichskanzler hat die Witzblätter reichlich mit Stoff versehen; mich läßt es kalt. Ich diene nicht dem Parlament (Zuruf links: Aber den Junkern!), und den Junkern ebensowenig, wie Ihnen (zu den Soz.). Vor 14 Tagen richtete von Hennebrand die Aufforderung an mich, den revolutionären Umtrieben vorzubeugen. (Der Kanzler wendet sich direkt an die Konservativen.) Ich meine durchaus nicht, daß uns die Parteien deshalb bestimmte Vorschläge machen müssen, die Regierung erkennt selbst die Pflicht an, etwas zu tun, wenn in dieser Richtung Maßnahmen getroffen werden müssen; darum darf auch nicht der Eindruck im Lande aufkommen, als bedürfe die Regierung eines besonderen Anspornes für ihre Aufgabe zum Schutze der Ordnung. Dieser Eindruck wird aber durch solche allgemeine Wendungen erweckt. In andern Ländern ist die Staatsordnung besser gestellt, wenn es sich im Vergehen gegen die öffentliche Ordnung handelt. Dort besteht ein be-

schleunigeres Verfahren, wie Sie beim französischen Eisenbahner-Streik erleben haben. Ebenso ist es in England. Unser Strafgesetzbuch genügt nicht gegen die aufstrebende Tätigkeit fanatischer Agitatoren. Es muß geändert werden. Wer den Massen predigt, daß es erst gut werden kann, wenn das Bestehende zerstört ist, der trägt Schuld an den Folgen. Deshalb ist die Sozialdemokratie mitverantwortlich an den Exzessen von Moabit, die beweisen, daß die Führer die Massen nicht im Zaume halten können. Die Polizei hat in Moabit nur ihre Pflicht getan. Zu Ausnahmegeetzen greifen wir gleichwohl nicht. Ich bin der Ansicht des Fürsten Bülow, daß wir mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln die Gesellschaft schützen können.“

Abg. Baffermann (natlib.) wünschte energische Anwendung der bestehenden Gesetze gegen alle Ausschreitungen, aber kein Ausnahmegesetz, und erklärte sich mit der Militärvorlage, wie mit den Darlegungen über die Finanzlage einverstanden. Redner streifte die auswärtige Politik und wünschte eine freierliche Entwicklung im ganzen Reich. Darauf gab der Reichskanzler von Bethmann Hollweg noch einige Darlegungen über die auswärtige Politik. Die türkische Anleihe haben wir mit unserer Sympathie begleitet, da eine starke türkische Regierung für die Ordnung im Orient nötig ist; der Stand des Dreibundes ist der beste, mit England verkehren wir freundlich zur Beseitigung alles Mißtrauens, die Beziehungen zu Rußland sind gut. Die deutsche und die russische Regierung werden keine Aktion unterstützen, die sich gegen die andere Regierung richtet. Diese Darlegungen fanden lebhaften Beifall auf allen Seiten des Hauses. Abg. Wiemer (fortshr.) kritisierte die Politik des Kanzlers und der Reichstagsmehrheit abfällig. Abg. von Camp (Rchsp.) trat im Sinne des Reichskanzlers für die Finanzreform und Reichspolitik ein.

## Tages-Nachrichten.

**Der Aufenthalt des deutschen Kronprinzenpaars** auf der Insel Ceylon hat jetzt nach zwanzigtägigem Aufenthalt sein Ende gefunden. Nach einem letzten Festabend in der deutschen Kolonie zu Colombo nahm das hohe Paar von einander Abschied. Die Kronprinzessin trifft an Bord des Lloyd dampfers „Luchon“ am 23. Dezember in Suez ein und begibt sich von dort nach Kairo. Der Kronprinz ist Mitte dieser Woche an Bord des Panzerkreuzers „Seydlitz“ in Bombay an der indischen Westküste.

**Berlin.** Die Reichstagskommission für die Wertzuwachssteuer nahm mit 13 gegen 12 Stimmen einen Antrag auf Einbeziehung auch der Landesherren in dies Gesetz an. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind die Landesherren steuerfrei, so daß also zuerst eine Aenderung der betreffenden Vorschriften erfolgen müßte. Die Reichsregierung ist gegen diesen Beschluß. Vielleicht sind aber die Bundesfürsten freiwillig damit einverstanden.

**Hannover.** Bei der Hofjagd in Springe wurden im ganzen 550 Wildschweine und 110 Stück Damwild erlegt. Der Kaiser erlegte Sonnabend 21 Wildschweine